

In eigener Sache

Walter-Hallstein-Programm I: Projekt zur Vernetzung der kommunalen Europaarbeit

„Kommunale Europaarbeit – Voneinander und über die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene Lernen“: So lautet der Titel und damit auch das Ziel eines langfristig angelegten Projekts des [Städtetags](#) Baden-Württemberg, des [Landkreistags](#) Baden-Württemberg und des Österreichischen [Städtebundes](#) in Zusammenarbeit mit den zugehörigen Brüsseler Europabüros ([BW](#), [AT](#)). Den Startschuss bildete eine gemeinsame Informationsfahrt nach Brüssel vom 14. bis 17. Oktober 2019, an der zahlreiche Mitarbeiter aus Kommunalverwaltungen bzw. -verbänden aus Baden-Württemberg und Österreich teilnahmen, die schwerpunktmäßig mit EU-Angelegenheiten befasst sind. Sie beinhaltete einen gemeinsamen Workshop, Gespräche u. a. mit der Kommission zur Förderperiode 2021-2027 sowie die Vernetzung mit weiteren einschlägigen Brüsseler Akteuren. „Kommunale Europaarbeit – Voneinander und über die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene Lernen“ ist ein Projekt im Rahmen des *Baden-Württemberg-STIPENDIUMs – Walter-Hallstein-Programm*, einem Programm der Baden-Württemberg Stiftung.

Vernetzung der Europaarbeit der Städte und der Landkreise

Die Informationsfahrt ermöglichte einen vertieften Kontakt zwischen den Europakoordinatoren der baden-württembergischen Städte sowie den EU-Beauftragten der baden-württembergischen Landkreise. Dieses gegenseitige Kennenlernen wurde seitens der Mitglieder der jeweiligen Arbeitsgemeinschaften beim Städtetag bzw. beim Landkreistag als große Bereicherung gewertet.

Vernetzung mit den österreichischen Kommunen

Ein besonders wertvoller Bestandteil des Projekts ist der Austausch über die Grenzen hinweg, d. h. mit kommunalen Kollegen aus Österreich. Die Wahl fiel auf diesen EU-Mitgliedstaat, da die großen Gemeinsamkeiten in Hinblick auf die kommunale Selbstverwaltung eine leichtere Übertragbarkeit von österreichischen Konzepten auf Baden-Württemberg und umgekehrt gewährleisten. Viele spannende Konzepte (u. a. das österreichische „[Anti-Gold-Plating-Gesetz](#)“) kamen im Projekt zur Sprache. Die ähnliche Kompetenzverteilung hat auch zur Folge, dass sich meist die Berührung und Einschätzung von Entwicklungen auf EU-Ebene kaum unterscheiden. Auch dies bestätigte sich bei der Informationsfahrt.

Brüsseler Netzwerkpartner

In das Programm wurde auch die wichtige Kontaktpflege mit einschlägigen EU-Abgeordneten integriert (hier: Herr Lins MdEP, Herr Schieder MdEP und Herr Wieland MdEP, vgl. Gesamtübersichten der MdEP aus [AT](#) & [BW](#) sowie nachfolgenden *Brüssel Aktuell*-Artikel). Interessante Kontakte ergaben sich zudem durch einen Vernetzungsabend in Kooperation mit der [Vertretung](#) des Landes Baden-Württemberg bei der EU. Auf Initiative der Abteilungsleiterin im Ministerium der Justiz und für Europa, Dr. Alexandra Zoller, fand ein informeller Austausch mit Kollegen der Landesvertretung und weiteren Brüsseler Interessenvertretern statt.

Gemeinsamer Workshop

Inspirierende Einblicke in die jeweiligen Strukturen und Ausprägungen der kommunalen Europaarbeit gewährten die Präsentationen der AG-Vorsitzenden [Anna-Lena Beilschmidt](#), Stadt Pforzheim, und [Katja Fischer](#), Landratsamt Reutlingen, sowie der Mitarbeiter des Österreichischen Städtebunds, [Dr. Johannes Schmid](#) und [Dr. Ronald Sallmann](#). Auf dieser Grundlage bildeten sich drei Arbeitsgruppen, die sich den Themen „Herausforderungen im Zusammenhang mit der Europaarbeit“, „Projektideen“ und „Optionen eines besseren Austauschs“ widmeten. Als Herausforderungen kamen u. a. die Wahrnehmung der Europaarbeit in der Verwaltung und bei den Bürgern, die Einbindung der kreisangehörigen Gemeinden sowie der Fokus auf die Einwerbung von EU-Geldern zur Sprache. Zu den Projektideen zählen etwa der [Erasmus+](#)-Austausch von Auszubildenden und Fachkräften, die Ausschau nach Projekten zur Ehrung durch den [Kaiser-Maximilian-Preis](#) des Landes Tirol und der Stadt Innsbruck oder die Stärkung des Austauschs auf Arbeitsebene im Rahmen von Kommunalpartnerschaften. Als Optionen eines besseren Austauschs nannte die betreffende Arbeitsgruppe u. a. die gemeinsame Nutzung einer [Kommunikationsplattform](#), die

Erstellung einer Übersicht über die jeweiligen Aufgaben- bzw. Interessenschwerpunkte der Projektteilnehmer sowie die Kopplung von einzelnen AG-Sitzungen mit übergreifenden Workshops.

Gespräche zur Gestaltung der Förderperiode 2021-2027

Für die Anbahnung von aussichtsreichen EU-Projekten ist es von Vorteil, frühzeitig Kenntnisse über die Gestaltung der kommenden EU-Förderperiode zu erlangen. Vor diesem Hintergrund fanden während der Informationsfahrt unterschiedliche Gespräche mit Mitarbeitern der EU-Kommission wie auch der [EU-Vertretung](#) des Deutschen Caritasverbandes statt (vgl. nachfolgenden *Brüssel Aktuell*-Artikel). Die Projektteilnehmenden nutzten dabei die Gelegenheit, den EU-Institutionen wichtige Hinweise aus der Praxis zu übermitteln, um bürokratische Hürden für die nächste Förderperiode auszuräumen.

Ausblick

Ziel ist, mithilfe des Projekts die Zusammenarbeit der Kommunen und ihrer Verbände weiter zu stärken und den Weg für mehr europäische Aktivitäten auf kommunaler Ebene zu ebnen. Somit gilt es nun, den Erfahrungsaustausch fortzusetzen und die angedachten Projekte zu konkretisieren.

Walter-Hallstein-Programm

Die Baden-Württemberg Stiftung fördert über das *Walter-Hallstein-Programm* u. a. kommunale Projekte, die zum Auf- oder Ausbau von Beziehungen zu anderen Verwaltungseinrichtungen im europäischen Ausland sowie zum „best practice“-Austausch beitragen (*Brüssel Aktuell* 2/2019). Innerhalb der Projektdauer von einem bis zwei Jahren können Projektkomponenten zusammengeführt werden, so auch Kurzzeitaufenthalte für Fachpersonal im Ausland, für die Lebenshaltungs- und Reisekostenzuschüsse bereitgestellt werden. Die Antragshöhe muss 5.000 € bis 20.000 € pro Jahr betragen. (CB)

Walter-Hallstein-Programm II: Austausch über Entwicklungen auf EU-Ebene

Bei der Informationsfahrt im Rahmen des Projekts „Kommunale Europaarbeit – Voneinander und über die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene Lernen“ (vgl. vorheriger *Brüssel Aktuell*-Beitrag) ging es nicht allein um die Vernetzung der kommunalen Europaarbeit, sondern auch um vertiefte Einblicke in die Ausgestaltung der EU-Kohäsionspolitik für die neue Förderperiode 2021-2027 sowie in die politische Agenda des Europäischen Parlaments für die Legislaturperiode von 2019-2024. „Kommunale Europaarbeit – Voneinander und über die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene Lernen“ ist ein Projekt im Rahmen des *Baden-Württemberg-STIPENDIUMS* – [Walter-Hallstein-Programm](#), einem Programm der Baden-Württemberg Stiftung. Vor diesem Hintergrund fanden während der Informationsfahrt nach Brüssel der baden-württembergischen und österreichischen Kommunalverwaltungsmitarbeiter mehrere Gespräche mit Kommissionsmitarbeitern und Mitgliedern des Europäischen Parlaments statt, bei denen es einen regen Austausch zwischen europäischer und kommunaler Ebene gab.

Mehrjähriger Finanzrahmen und EFRE 2021-2027

Herr Miguel Avila Albez, Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung (GD [REGIO](#)) der EU-Kommission, referierte über die allgemeine Ausgestaltung der zukünftigen Kohäsionspolitik 2021-2027 und ging dabei speziell auf den [Kommissionsvorschlag](#) zum Mehrjährigen Finanzrahmen ([MFR](#)) (*Brüssel Aktuell* 16/2019) sowie auf die fünf vorgeschlagenen politischen Ziele (PZ) der [Kohäsionspolitik](#) ab 2021 ein. Für den neuen MFR seien finanzielle Einschnitte im Budget – u. a. wegen des Brexits – zu erwarten sowie verstärkte Ausgaben für neue politische Prioritäten (z. B. Grenzschutz) zu verzeichnen, weshalb insgesamt weniger Geld für die Kohäsionspolitik bereitgestellt werden könne. Zudem ging Herr Avila Albez auf den [Verordnungsvorschlag](#) für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) 2021-2027 ein (*Brüssel Aktuell* 21/2018). Die thematische Konzentration für die Umsetzung des EFRE in Baden-Württemberg sieht die Kommission im PZ 1 „Ein intelligenteres Europa“, im PZ 2 „Ein grüneres, CO₂-freies Europa“ und im PZ 5 „Ein bürgernäheres Europa“. Die Kürzung der EU-Mittel für die Kohäsionspolitik und die damit verbundene Herabsetzung der EU-Kofinanzierungsquoten sowie die vorgeschlagene „5+2 Programmierung“ stießen auf Seiten der Kommunalverwaltungsmitarbeiter auf Kritik. Für eine praktikable Umsetzung von Projekten sei es entscheidend, eine langfristige finanzielle Sicherheit zu haben.

EFRE 2021-2027 – Europäische Stadtinitiative

Über das PZ 5 „Ein bürgernäheres Europa“ und die neue Europäische Stadtinitiative ([EUI](#)) ab 2021 sprach Frau Fiona Wieland, GD REGIO der EU-Kommission. Das PZ 5 soll der integrierten nachhaltigen Entwicklung städtischer und ländlicher Gebiete dienen. In der von der EU-Kommission vorgeschlagenen EFRE-Verordnung 2021-2027 sind ferner mind. 6 % der Mittel für die nachhaltige Stadtentwicklung vorgesehen. Durch den EFRE soll darüber hinaus auch die Europäische Stadtinitiative mit 500 Mio. € gefördert werden. Sie wird verschiedene Maßnahmen der nachhaltigen Stadtentwicklung, wie die Europäische [Städteagenda](#), die Urban Innovative Actions ([UIA](#)) und [URBACT](#) integrieren.

Makroregionale Strategien 2021-2027

Herr Ulrich Krause-Heiber, GD REGIO der EU-Kommission, sprach über die Ausgestaltung der Programme für die transnationale Kooperationen ab 2021, die als Teilziel des EFRE formuliert sind. Vor allem die [Donauraumstrategie](#) und die [Alpenraumstrategie](#) sind für Baden-Württemberg interessante makroregionale Strategien mit denen grenzüberschreitenden EU-Projektförderungen möglich sind.

Interreg 2021-2027

Über die Wichtigkeit von grenzüberschreitender Zusammenarbeit sprach auch Herr Olivier Baudelet, GD REGIO der EU-Kommission, da ca. 30 % der europäischen Bevölkerung in Grenzregionen lebt. In Baden-Württemberg zeichnet sich die Grenzlage hauptsächlich im Oberrhein mit den Grenzen zu Frankreich und der Schweiz ab. Als positives Beispiel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Baden-Württemberg nannte Herr Baudelet die Oberrheinkonferenz, die auch mit Interreg-Mitteln der EU finanziert wird. Für das Interreg-Programm 2021-2027 (vgl. [Kommissionsvorschlag](#)) soll ein ähnliches Budget wie in der derzeitigen Förderperiode bereitgestellt werden (*Brüssel Aktuell* 21/2018). Der Fokus der Förderung soll dabei auf Projekte mit einem spürbaren Mehrwert für Bürger, die in Grenzregionen leben, gelegt werden. Beim Austausch mit den Kommunalverwaltungsmitarbeiter kamen auch rechtliche und administrative Unterschiede und Problemlagen bei grenzüberschreitenden Projekten zur Sprache.

Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+) 2021-2027

Das PZ 4 „Ein sozialeres Europa“ der Kohäsionspolitik 2021-2027 wird hauptsächlich vom [Kommissionsvorschlag](#) zum Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) adressiert. Dazu fand ein Gespräch mit Herrn Egbert Holthuis und Herrn Tim Schreiber von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD [EMPL](#)) der EU-Kommission statt. Beide zeigten die positive Entwicklung der Arbeitslosenquote in der EU auf, machten jedoch auch die starken regionalen Unterschiede dieser sowie zukünftige politische Herausforderungen des Arbeitsmarktes wie die Digitalisierung und den demographischen Wandel deutlich. Der ESF+ 2021-2027 soll stärker aufgestellt sein als bisher, mit mehr Mitteln (101,2 Mrd. €) sowie durch die Integration des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen ([EHAP](#)), der Jugendbeschäftigungsinitiative ([YEI](#)), des EU-Programms für Beschäftigung und soziale Innovation ([EaSI](#)), des [Gesundheitsprogramms](#) sowie einer stärkeren Förderlinie im Bereich der Integration von Drittstaatsangehörigen. In Deutschland sollen laut Kommissionsvorschlag zum ESF+ mindestens 25 % der Mittel für die soziale Inklusion ausgegeben werden. Dies begrüßte Frau Lisa Schüler von der [EU-Vertretung](#) des Deutschen Caritasverbandes sehr. Sie sprach sich u. a. auch für bürokratische Vereinfachungen bei ESF-Projekten, z. B. für eine geringere Erhebung von personenbezogenen Indikatoren, sowie für die Stärkung des Partnerschaftsprinzips aus.

Rechte und Werte 2021-2027

Über den [Kommissionsvorschlag](#) zum Programm „Rechte und Werte 2021-2027“ konnten die Kommunalverwaltungsmitarbeiter mit Frau Jutta König-Georgiades von der Generaldirektion Migration und Inneres (GD [HOME](#)) der EU-Kommission sprechen (*Brüssel Aktuell* 21/2018). Neben der Ausgestaltung des „Rechte und Werte“-Programms, mit dem u. a. auch Städtepartnerschaften sowie kommunale Projekte im Bereich von Demokratie, Werten und Bürgerrechten sowie Geschichtsbewusstsein gefördert werden können, kam auch die konkrete Antragstellung von Projekten zur Sprache. Von kommunaler Seite wurde

darauf hingewiesen, dass es eine deutliche Vereinfachung wäre, wenn alle Antragsformulare auch auf Deutsch verfügbar seien.

Erasmus 2021-2027

Herr Michael Teutsch von der Generaldirektion Bildung, Jugend, Sport und Kultur (GD [EAC](#)) der EU-Kommission referierte über den [Kommissionsvorschlag](#) für das Erasmus-Programm 2021-2027 (*Brüssel Aktuell* 22/2018). Mit dem Erasmus-Programm, dessen finanzielle Ausstattung für die nächste Förderperiode auf 30 Mrd. € angehoben werden soll, mit dem Ziel die Zahl der Projektteilnehmer zu verdreifachen, sollen zukünftig auch Schüleraustauschprojekte im Rahmen von Schulpartnerschaften gefördert werden. Rechtliche und bürokratische Hürden bei der konkreten Projektumsetzung wurden u. a. von den Kommunalverwaltungsmitarbeitern diskutiert.

Gemeinsame Agrarpolitik 2021-2027

Über den Kommissionsvorschlag für die Ausgestaltung des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) 2021-2027 (*Brüssel Aktuell* 22/2018) sowie über das damit geförderte LEADER-Programm gab es ein Gespräch mit Frau Ingeborg Zaiser und Herrn Manfred Gamper von der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (GD AGRI) der EU-Kommission. Die Ziele der Gemeinsamen Agrarpolitik 2021-2027, deren finanzieller Umfang noch nicht feststeht, liegen u. a. auch auf der Entwicklung und der Stärkung des sozioökonomischen Gefüges im ländlichen Raum.

Von den Kommunalverwaltungsmitarbeitern wurden positive Erfahrungen mit dem LEADER-Programm in Baden-Württemberg berichtet, die so von den beiden Kommissionsvertretern auch bestätigt wurden. Die LEADER-Projektförderung, für die eine EU-Kofinanzierung von 80 % vorgesehen ist, soll zudem ab 2021 flexibler mit anderen EU-Förderprogrammen verknüpfbar sein.

Kommunale Positionen zur Kohäsionspolitik 2021-2027

Die Positionspapiere der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen zu [Interreg](#), zum [ESF+](#), zum [EFRE](#), zur [GAP](#) und zum „Rechte und Werte“-[Programm](#) kamen während der Gespräche mit den Kommissionsmitarbeiter ebenfalls zur Sprache.

Gespräche mit EU-Abgeordneten

Im Rahmen der Informationsfahrt nach Brüssel wurden außerdem Gespräche mit Herrn Vizepräsident Rainer Wieland (EVP) und Herrn Abgeordneten Norbert Lins (EVP) aus Baden-Württemberg sowie mit dem österreichischen Abgeordneten Andreas Schieder (S&D) geführt. Herr Wieland erläuterte die neue Zusammensetzung des Europäischen Parlaments nach der Wahl im Mai sowie das aktuelle Prozedere der Anhörungen der vorgeschlagenen neuen EU-Kommissare. Außerdem wurde über die Frage, wie man Europa den Bürgern vor Ort in den Kommunen näherbringen könne, diskutiert. Herr Schieder berichtete von seinen Eindrücken als neugewählter EU-Abgeordneter sowie von seinem kommunalen Hintergrund als ehemaliger Abgeordneter des Wiener Landtags und Gemeinderats. Die Trilogverhandlungen zur Notifizierungsrichtlinie (zuletzt *Brüssel Aktuell* 42/2018), für die Herr Schieder als Berichterstatter des Europäischen Parlaments zuständig ist, kamen zudem zur Sprache. Die Kommunalverwaltungsmitarbeiter betonten dabei die bürokratischen Belastungen einer drohenden verpflichtenden Notifizierung aller bau- und planungsrechtlichen Regelungen, vor allem von Regional-, Raumordnungs- und Bauleitplänen, sowie die derzeitige Rechtsunsicherheit und sprachen sich für die Aufnahme einer Ausnahme in der Notifizierungsrichtlinie aus. Mit Herrn Lins, dem Vorsitzenden des Parlamentsausschusses für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung ([AGRI](#)), sprachen die Kommunalverwaltungsmitarbeiter hauptsächlich über das Thema ländliche Entwicklung und über das LEADER-Programm. Der Breitbandausbau im ländlichen Raum in Baden-Württemberg war außerdem ein Anliegen des Landkreistages Baden-Württemberg, das mit Herrn Lins diskutiert wurde. (JM)